



Protokollauszug

zum AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT

am Donnerstag, 22.05.2014, 17:02 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Lärmaktionsplan Ludwigsburg Stufe I und II
- Beschluss über den Entwurf des
Lärmaktionsplans und Beteiligung der
Öffentlichkeit sowie der Behörden
- Anordnung Tempo 30 ganztägig

Vorl.Nr. 133/14

Beratungsverlauf:

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt BM **Ilk** bekannt, dass die Tagesordnungspunkte 1 und 1.1, Vorl.Nr. 133/14 und 510/11 von der Tagesordnung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt am 22.05.2014 abgesetzt würden und begründet dies.

Als Ergebnis der intensiven Prüfung des Regierungspräsidiums ist es aus rechtlichen Gründen nicht möglich und im Übrigen auch nicht ratsam, einzelne Maßnahmen aus der Lärmaktionsplanung herauszulösen. Anhand einer Folie stellt BM **Ilk** im Anschluss den vorgesehenen zeitlichen Ablaufplan zum Lärmaktionsplan dar. Eine Beratung der Thematik sei für die Sitzung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt am 05.06.2014 vorgesehen.

Es folgen aus der Mitte des Gremiums Wortmeldungen zum Sachverhalt.

BM **Ilk** stellt klar, in keine Sachdiskussion zu einem abgesetzten Tagesordnungspunkt eintreten zu wollen.

Stadtrat **Noz** sieht seine Fraktion im Nachteil, dadurch dass sie, entsprechend der vereinbarten Regelung, auf eine Stellungnahme mit Positionierung der CDU verzichtet hatte. Man werde sich jedoch auch heute der Ordnung fügen.

Stadtrat **Gericke** bittet eindringlich, die Verkehrssicherheitsfragen entsprechend zu prüfen.

Stadtrat **Glasbrenner** und Stadträtin **Liepins** haben Rückfragen zur weiteren Vorgehensweise und Einhaltung des zeitlichen Fahrplans.

Stadtrat **Dr. Jordan** kann aufgrund der Rechtslage das Vorgehen der Verwaltung nachvollziehen.

Auf die Umsetzung der EU-Vorgabe in deutsches Recht im Jahre 2005 verweisend bringt Stadträtin **Burkhardt** ihre Empörung darüber zum Ausdruck, dass es die Stadtverwaltung Ludwigsburg in den neun Jahren nicht geschafft habe, weder eine Gesamtverkehrsplanung noch einen Lärmaktionsplan auf den Tisch zu legen und möchte ihre Stellungnahme im Protokoll festgehalten haben.

Beratungsverlauf:

Siehe Beratungsverlauf des Tagesordnungspunktes 1, Vorl.Nr. 133/14.

TOP 2

**Erhaltungssatzung - Aktueller Sachstand
- Mündlicher Bericht**

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** führt einleitend kurz in den Sachverhalt ein.

Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) berichtet anhand einer PowerPoint-Präsentation ausführlich über den aktuellen Sachstand. Er geht erläuternd insbesondere auf die Hintergründe, Intention, Grundlagen, den denkmalpflegerischen Werteplan, Gestaltungsleitfaden, die Gestaltungskommission, die Abgrenzung des Satzungsgebietes und den vorgesehenen Zeitplan ein. Anhand eines Plans zeigt er verdeutlichend Gebäude mit besonders erhaltenswerter Bausubstanz, die aber vom Denkmalschutz nicht erfasst seien sowie Beispiele strukturprägender Gebäude auf. Herr Kurt sagt den Fraktionen sowie Stadträtin Burkhardt den Erhalt einer Ausfertigung der Unterlagen für voraussichtlich Anfang Juni 2014 zu.

In der nachfolgenden Aussprache berichtet Stadtrat **Noz** von der Arbeit der Gestaltungskommission und lobt deren Einführung. Der Erlass einer Erhaltungssatzung sei wichtig und gut für das Erscheinungsbild Ludwigsburgs. Er äußert in diesem Zusammenhang die Bitte, strittige Bauanträge hier im Gremium zu beraten.

Auch Stadtrat **Juranek** sieht anhand der dargestellten Beispiele die Einführung einer Erhaltungssatzung für notwendig an. Für ihn stelle sich die Frage nach den Möglichkeiten, um nach einem Abbruch in die Planung und Gestaltung einzugreifen. Er erinnert in diesem Zusammenhang an die Stadtbildsatzungen der siebziger Jahre.

Stadtrat **Glasbrenner** bringt die grundsätzliche Zustimmung seiner Fraktion zur Erhaltungssatzung zum Ausdruck. Man halte für wichtig, dass die durch die Satzung erfassten Fälle im Gemeinderat besprochen würden.

Stadtrat **Gericke** sieht einen Nutzen für die Allgemeinheit, die Innenstadtbevölkerung und den Einzelhandel, wenn sich die Stadt positiv darstelle. Man sollte über ein Förderprogramm nachdenken für den Fall, dass Bauherren finanziell durch die Gestaltungsvorgaben überlastet seien. Unter dem Aspekt vorhandener weiteren wertvollen Bausubstanz regt er an, auch über weitere Stadtgebiete nachzudenken.

Stadtrat **Dr. Jordan** erklärt, seine Fraktion halte die Einführung der Erhaltungssatzung ebenfalls für wichtig. Die Gestaltungsmöglichkeiten aufzuzeigen werde das Stadtbild auch positiv beeinflussen, daher unterstütze man das Projekt.

Stadträtin **Burkhardt** sieht das Problem, dass es in einigen Bereichen nach den Neubauten der letzten Monate schon schwierig sei, strukturprägende Gebäude zu finden. Dennoch sei es wichtig, den kulturellen Wert mancher Gebäude in Ludwigsburg bewusst zu machen.

Im Anschluss beantwortet Herr **Kurt** die in der Aussprache aufgeworfenen Fragen, insbesondere nach der Beratung der strittigen Vorhaben im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt, den Möglichkeiten eines Hausbesitzers bezüglich der Einstufung seines Gebäudes und den Überlegungen zu einem Sanierungsprogramm. Die Erhaltungssatzung werde zunächst als Grundlage benötigt, gegebenenfalls müsste zu einem späteren Zeitpunkt eine Gestaltungssatzung nachgeschoben werden.

TOP 3

Grundschule Hoheneck, Ostertagstraße 5,
Sanierung Turnhalle
- Entwurfs- und Baubeschluss
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 118/14

Abweichende Beschlussempfehlung:

- 1.1 Der Gemeinderat beschließt den Entwurf und den Bau der „Sanierung Turnhalle“ an der Grundschule Hoheneck auf der Grundlage der beiliegenden Entwurfsplanung und der Kostenberechnung mit Stand vom 05.05.2014 mit Baukosten von rd. 1,9 Mio. EUR inklusive 19 % MwSt. (Kostengruppen 200, 300, 400 + 700)
- 1.2 Der Vergabe der weiterführenden Architekten- und Ingenieurleistungen auf Basis der Kostenberechnung an das Architekturbüro Hässig aus Ludwigsburg; an das Ingenieurbüro Appel aus Ludwigsburg (HLS) und das Ingenieurbüro SIB aus Heilbronn (ELT) wird zugestimmt.
- 1.3 *Die Verwaltung wird aufgefordert, zunächst Gespräche mit dem Sportverein zu führen, um Bauablauf und Sportaktivitäten aufeinander abzustimmen und gegebenenfalls eine Optimierung der Planung herbeizuführen, sofern dies kostenneutral ist.*

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist BM **Ilk** auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 118/14 und führt kurz in den Sachverhalt ein.

Herr **Hässig** (Architekturbüro Hässig, Ludwigsburg) erläutert nachfolgend die Vorlage und geht anhand einer PowerPoint-Präsentation auf den gegenwärtigen Zustand der Sporthalle sowie die geplanten Maßnahmen zur Sanierung ein. Im Juni könnte ein Baugesuch eingereicht, über die Sommerferien die Ausschreibungen getätigt und im November mit dem Bau begonnen werden. Die Bauzeit belaufe sich auf 10 Monate. Die ermittelten Kosten der Sanierung betragen 1.410.000 Euro. Ein Neubau koste vergleichsweise und überschlägig etwa 3 bis 3,1 Mio. Euro.

Bezug nehmend auf die seitens des Stadtteilausschusses Hoheneck von Herrn Zeltwanger kurz zuvor übersandten Fragestellungen erläutert Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft), dass man sich mit der Schulleitung abgestimmt habe. Die Baumaßnahmen könnten nicht ausschließlich in den Ferien durchgeführt werden, da es sich hierbei um eine umfangreiche Generalsanierung handle. Ein weiterer Bedarf an Flächen im Hinblick auf die Erweiterung des Areals für Kinderbetreuung könne ohne Anbau durch bessere Flächenausnutzung abgedeckt werden.

Ergänzend führt Herr **Lämmermeier** (FB Bildung, Familie, Sport) aus, dass das Abstimmungsgespräch mit dem KSV Hoheneck noch nicht erfolgt sei, allerdings sei Herr Willner über die zeitliche Abfolge informiert worden. Man wolle den heutigen Beschluss abwarten, um dann mit ihm Detailgespräche zu führen. Das Vorgespräch mit der Schule sei sehr positiv gewesen. Auch ein Gespräch mit dem Stadtverband für Sport zur Belegungsproblematik sei terminiert.

Herr **Weißer** macht ergänzend Ausführungen zur Energieversorgung der Turnhalle mittels Mikro-Blockheizkraftwerk (BHKW) und Gasbrennwerttherme.

In der nachfolgenden Aussprache zeigt sich Stadtrat **Noz** verwundert, dass man sich nicht zuerst mit den Nutzern abgestimmt habe, bevor man in die Planung der Sanierung der Sporthalle eingestiegen sei. Die Vergangenheit habe auch gelehrt, dass nichts so aufwändig sei wie ein Umbau. Mit Blick auf die Nutzungsart des Hallengebäudes zeigt er sich erstaunt über die einzuhaltende Wärmeschutzvorschrift. Des Weiteren bittet er um Information zu der Kostensteigerung von den im Haushalt enthaltenen 1,3 Mio. Euro auf 1,9 Mio. Euro.

Stadträtin **Liepins** geht davon aus, dass der Neubau einer Halle teurer als die Sanierung der alten Halle werde. Auch sei man davon ausgegangen, dass die Unterbringung der Nutzer in der Übergangszeit bereits geregelt sei. Eine Energieeinsparung von 70 % sei aus ihrer Sicht zu hoch gegriffen, weil die Einsparung auch vom Verhalten der Nutzer abhängt.

Stadtrat **Glasbrenner** hält den berechneten Sanierungsaufwand von 3,1 Mio. Euro für zu hoch. Man bewege sich seiner Meinung nach in Richtung Neubaukosten. Das Vorhaben sollte von technischer Seite nochmals durchdacht werden. Man vermisse auch das Controlling. Außerdem würden zunächst Erstaussagen zur geplanten Schulerweiterung benötigt. Eine Sanierung sollte mit möglichst geringen Beeinträchtigungen für die Vereine und die Schule durchgeführt werden, was mit der jetzigen Zeitplanung mit Beginn im Winter 2014 nicht gelinge. Daher spreche man sich für einen Baubeginn im März oder April 2015 aus. Insbesondere müsste mit den Nutzern noch eine Klärung bezüglich des Bedarfes erfolgen. Die Sachlage habe sich zumindest durch die geplante Schulerweiterung verändert.

Stadtrat **Gericke** erklärt, dass bei der Turnhalle unbestritten hoher Sanierungsbedarf bestehe. Bisher habe die Verwaltung die Sanierung der Turnhalle unabhängig von der Schulerweiterung durchführen wollen. Es sei darauf verwiesen worden, dass zunächst der Bedarf ermittelt und das Raumprogramm festgelegt werden müsse. Das Gremium habe dies mitgetragen und die Anregung seiner Fraktion, die Bereiche Schulerweiterung und Sanierung gleichzeitig anzugehen, sei nicht aufgegriffen worden, obwohl man auf den Zusammenhang hingewiesen habe. Diesbezüglich stelle er eine, nun fast zu spät kommende, Kehrtwende fest. Er freue sich, dass Stadtrat Glasbrenner diese Argumentation nun aufgreife. Bezug nehmend auf die Vorlage regt Stadtrat Gericke an, im Außengeräteraum eine Treppe zu integrieren, um ein aufwändiges Bauwerk am neuen Notausgang zu vermeiden.

Bezug nehmend auf die Ausführungen von Stadtrat Gericke gibt Stadtrat **Glasbrenner** nachfolgend eine persönliche Erklärung ab. Die Worte, die Stadtrat Gericke ihm in den Mund legen wolle, weise er zurück. Er könne sich nicht erinnern, dass die Verwaltung diese Sanierung nicht wollte und seine Fraktion sie unbedingt wollte. Vielmehr sei es so gewesen, dass die Verwaltung eine Sanierung der Turnhalle seit Jahren habe durchführen wollen. Seine Fraktion

habe gesagt, dass dies eines der dringendsten Projekte sei. Man sei selbstverständlich davon ausgegangen, wie wahrscheinlich die meisten Anderen auch, dass es bis zum Baubeginn erste Planungen zur Schulerweiterung gebe.

Stadtrat **Dr. Jordan** hält jede einzelne Maßnahme für sinnvoll. Er hält den Vorschlag von Stadtrat Glasbrenner für sinnvoll, den Baubeginn auf das Frühjahr zu verlegen. Man müsse sich die Zeit geben, noch intensiver zu planen und die Ausfallzeiten für die Betroffenen zu reduzieren. Zunächst sollten Gespräche mit den Nutzern geführt und das Ergebnis abgewartet werden.

Stadträtin **Burkhardt** versteht die Probleme nicht. Mit der Schule sei die Planung offensichtlich gründlich durchgesprochen worden. Es bleibe lediglich die Frage, ob die Wünsche der Vereine noch zur Veränderung der Planung und damit zu Kostenerhöhungen führen könnten. Sie könne heute dieser Planung ohne Bedenken zustimmen.

Herr **Weißer**, Herr **Schäffer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) und Herr **Lämmermeier** beantworten im Anschluss die in der Aussprache aufgeworfenen Fragen, insbesondere zu den Kostensteigerungen, zur Beteiligung der Schule bei der Planung, der Energieeinsparung, Energieversorgung, zum Controlling, der Zeitplanung und den Abstimmungsgesprächen mit den Nutzern.

Mitglied des Stadtteilausschusses Hoheneck Herr **Zeltwanger** äußert sich nachfolgend zum zeitlichen Ablauf. Der Zeitplan sei sehr eng, bedenke man die Meldefristen für Trainings- und Wettkampfbedingungen an die Verbände. Er bittet auch um den zeitlichen Spielraum, Ersatzräume als Ausweichmöglichkeit zu finden. Außerdem regt er eine intensive Beleuchtung an. Für den Tischtennisport reiche reines Tageslicht nicht aus.

Nach weiterer kurzer Aussprache schlägt **BM IIk** eine Ergänzung des Beschlussvorschlags der Vorl.Nr. 118/14 um eine Ziffer 1.3 vor. Danach wird die Verwaltung ergänzend aufgefordert, zunächst Gespräche mit dem Sportverein zu führen, um Bauablauf und Sportaktivitäten aufeinander abzustimmen und gegebenenfalls eine Optimierung der Planung herbeizuführen, sofern dies kostenneutral ist.

Als Ergebnis der intensiven Beratung stellt **BM IIk** abschließend den ergänzten Beschlussvorschlag der Vorl.Nr. 118/14 abweichend unter Hinzufügung von Ziffer 1.3 im Gremium zur Abstimmung.

TOP 4

Energieeinsparung in städtischen Gebäuden

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist **BM IIk** auf die dem Gremium vorliegende Anträge vom 20.11.2013 der CDU-Fraktion, Vorl.Nr. 442/13 sowie von Stadträtin Burkhardt (LUBU), Vorl.Nr. 488/13.

Bezug nehmend auf den Antrag der CDU-Fraktion, Vorl.Nr. 442/13 erstattet Herr **Schäffer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft), anhand von Tabellen verdeutlichend, Bericht zum Grund für den gleichbleibenden Energieverbrauch pro Quadratmeter trotz erhöhter Investitionen. Tendenziell sei auf einen zehnjährigen Zeitraum betrachtet eine Reduzierung des Wärmeverbrauchs festzustellen. Dasselbe lasse sich aus dem Energiebericht für die letzten 25 Jahre feststellen. Der Stromverbrauch sei um 0,4 % pro Jahr gesunken. Bei Sanierungen vergleiche man regelmäßig die Verbrauchswerte vor und nach der Sanierung. Am Beispiel Sanierung des Kindergartens Brünner Straße zeigt er auf, dass eine Wärmeverbrauchsreduzierung von 50 % und eine

Stromverbrauchsreduzierung von 25 % festzustellen sei. Investitionen bedeuteten nicht automatisch eine Reduzierung des Energieverbrauchs, sondern könnten auch dazu führen, dass Steigerungen abgemildert werden.

In der nachfolgenden Aussprache verweist Stadtrat **Noz** auf die gleichbleibenden geschätzten Werte im Haushaltsplan. Insofern sei der Eindruck entstanden, dass sich der Energieverbrauch nicht reduziere. Bedenke man die Investitionen in Wärmedämmmaßnahmen sei zu überlegen, ob alle Maßnahmen wirtschaftlich und darstellbar seien. Er schlage wie in der Vergangenheit Amortisationsrechnungen vor. Die Maßnahmen sollten sich wenigstens in der Lebensdauer des Gebäudes amortisieren. Auch die Herstellung von Dämmmaterialien koste Energie und Entsorgungskosten.

Stadtrat **Juraneck** weist auf die Notwendigkeit der Energieeinsparung hin, wolle man die energiepolitischen Ziele des Bundes erreichen. Die Amortisationszeit sei nicht so entscheidend wie die deutliche Energiereduzierung.

Stadtrat **Glasbrenner** ist der Meinung, dass unwirtschaftliche Maßnahmen nicht durchgeführt werden sollten. Der Gesetzgeber habe reagiert und die EnEV nachgebessert und zwar in der Form, dass die Anforderungen niedriger geworden seien. Alle Maßnahmen sollten sich halbwegs wirtschaftlich darstellen lassen.

Stadtrat **Gericke** zeigt sich nachsichtig, dass Haushaltszahlen nicht immer die erwünschte Schärfe aufweisen. Der Energieverbrauch sei bei ständiger Vergrößerung der Flächen nahezu stabil. In eine ökonomische Betrachtung gehörten auch die volkswirtschaftlichen Aspekte wie beispielsweise die Folgekosten eines Klimawandels.

Stadträtin **Burkhardt** bedauert, dass die beiden Anträge nicht zusammen aufgerufen worden seien. Mit ihrem Antrag gehe es ihr in der Hauptsache um die Verwendung umweltfreundlicher Baustoffe. Denn die Beseitigungskosten problematischer Stoffe und die Energiebilanz der Dämmstoffe müssten in die Gesamtbetrachtung aufgenommen werden. Man müsse sich gründlich unterhalten, welche Materialien bei Sanierungsmaßnahmen verwendet werden sollten.

Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) erläutert, dass eingesparte 5 Kilowattstunden pro Quadratmeter zunächst wenig klingen würde, jedoch bei einer Gesamtfläche von 350.000 Quadratmetern insgesamt 1,75 Millionen Kilowattstunden gesparte Energie bedeute. Man müsse grundsätzlich den gesetzlichen Vorgaben gerecht werden, was bei der Bilanzierung des Maßnahmen Erfolgs mit zu betrachten sei. Beschlossen sei, 30 % über den gesetzlichen Vorgaben zu liegen. Außerdem erhalte man größtenteils Fördermittel, die ebenfalls mit berücksichtigt werden müssten.

Herr **Schäffer** macht deutlich, dass es sich bei der Energieeinsparung um einen langfristigen Prozess handle. Sinnvoll sei eine Dämmung insbesondere im Zusammenhang mit einer anstehenden Generalsanierung von Gebäuden.

Im Anschluss geht Herr **Schäffer** auf den Antrag von Stadträtin Burkhardt, Vorl.Nr. 488/13 ein und erläutert die Bedeutung von Nachhaltigem Bauen für kommunale Gebäude. Die Europäische Union arbeite derzeit an einer Richtlinie, die ab dem Jahre 2017/ 2018 die Verwendung nachhaltiger Baustoffe vorschreibe, was deren Auswahl erleichtere. In Ludwigsburg werde nicht alles gedämmt, beispielsweise gehe je nach Gebäude die Erhaltung des Stadtbildes vor. Außerdem vermeide man den Einsatz von Wärmedämmverbundsystemen. Er informiert, dass Baden-Württemberg plane, Fördermittel an Nachhaltigkeitskriterien zu knüpfen. Die Stadt plane zusammen mit dem Energetikom eine Veranstaltung zum Thema Nachhaltiges Bauen. Diese werde finanziert über das EU-Projekt CC5.

Stadträtin **Burkhardt** bedankt sich daraufhin für die positive Reaktion auf ihren Antrag.

Beratungsverlauf:

Der Antrag der CDU-Fraktion vom 20.11.2013, Vorl.Nr. 442/13 ist mit Berichterstattung durch Herrn **Schäffer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) und Beratung im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt am 22.05.2014 erledigt.

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 4.

Beratungsverlauf:

Der Antrag von Stadträtin Burkhardt (LUBU) vom 20.11.2013, Vorl.Nr. 488/13 ist mit Berichterstattung von Herrn **Schäffer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) und Beratung im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt am 22.05.2014 erledigt.

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 4.

Beschluss:**Baubeschluss**

Der Kunstrasen des Fußballplatzes beim Sportclub Ludwigsburg wird erneuert.

Die Gesamtkosten in Höhe von 225.000,00 € (brutto) werden genehmigt.

Vergabebeschluss

Der Auftrag für die Sanierung des Sportplatzes wird an die Firma Polytan Sportstättenbau GmbH, Gewerbering 3 in 86666 Burgheim auf der Grundlage ihres Angebotes vom 24.04.2014 erteilt.

Die Vergabesumme beträgt

Angebotssumme	184.164,10 €
+ Unvorhergesehenes ca. 9 %	<u>15.835,90 €</u>

Vergabesumme **200.000,00 €** (brutto)

Bei Kostenüberschreitung wird das zuständige Gremium dann informiert, wenn die Kosten um mehr als 10 % überschritten werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Seybold
Stadtrat Gericke

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist BM IIk auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 155/14.

Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Eine Aussprache findet nicht statt.

Abschließend stellt BM IIk sodann die Vorl.Nr. 155/14 im Gremium zur Abstimmung.

TOP 6 Erweiterung Kindertageseinrichtung Vorl.Nr. 153/14
Reichertshalde 51
- Vergabe von Bauleistungen

Beschluss:

1. Folgenden Vergaben von Bauleistungen für das Projekt „Erweiterung der Kindertageseinrichtung Reichertshalde 51“ in Ludwigsburg-Hoheneck wird zugestimmt.

	Gewerk	Firma	Verfügte Summe inkl. 19 %MwSt. (Auftragssumme +5%)
1.1	Rohbau / Erdarbeiten	Fa. Karl Wildermuth GmbH & Co. KG Carl- Benz- Straße 46 74321 Bietigheim-Bissingen	325.000 EUR
1.2	Holzfassaden	Fa. Holzbau Andreas Laufer An der Weilergasse 2 79843 Dittishausen	120.000 EUR
1.3	Dachabdichtung / Dachbegrünung	Fa. Dachdeckerei Bornschein GmbH Rheinpfalzstraße 9 55545 Bad Kreuznach	129.000 EUR

1.4	Fenster / Verglasung	Fa. Gutendörfer GmbH Stahlstraße 8 91522 Ansbach	175.000 EUR
1.5	Elektroinstallation	Fa. Elektro Sever GmbH Senefelderstr.75 70176 Stuttgart	105.000 EUR
1.6	Heizung / MSR	Fa. Heizungsbau Stiefler GmbH & Co. KG Humboldtstr. 10 71642 Ludwigsburg-Poppenweiler	120.000 EUR

Die Gewerke Gerüstbauarbeiten, Putz- und Stuckarbeiten, Fliesen, Estrich, Schreinerarbeiten, Schlosserarbeiten, Schließenanlage, Maler, Bodenbelag, Zargen/Innentüren, Trockenbau, Küchen, Lüftung und Sanitär werden in der Zuständigkeit der Verwaltung vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Seybold
 Stadtrat Gericke
 Stadtrat Noz (befangen)
 Stadtrat Striegel (befangen)

Beratungsverlauf:

Die Stadträte Noz und Striegel sind befangen gemäß § 18 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg und nehmen im Zuhörerraum Platz. Sie nehmen an der Beratung und Beschlussfassung zu Tagesordnungspunkt 6, Vorl.Nr. 153/14 nicht teil.

Einleitend verweist BM **Ilk** auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 153/14.

Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht.

Auf Fragestellung von Stadträtin **Burkhardt** zur Begrünung erläutert Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen), dass bezüglich der Planung der Außenanlagen eine nochmalige Vorstellung der Maßnahme im Ausschuss erfolge.

Abschließend stellt BM **Ilk** die Vorl.Nr. 153/14 im Gremium zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt beschließt die Vergabe von nachfolgend aufgeführtem Gewerk:

	Gewerk	Firma	Verfügte Summe inkl. 19 % MwSt. (Auftragssumme + 4%)
1.	Stahlfenster- und Verglasungsarbeiten	MBO GmbH & Co.KG In den Mühlwiesen 1 74182 Obersulm-Sülzbach	133.000 EUR

Mit dem vorliegenden Submissionsergebnis sind ca. 80 % der Vergabesummen der reinen Baukosten abgedeckt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Seybold
Stadtrat Gericke

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist BM **Ilk** auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 158/14.

Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht.

Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) beantwortet nachfolgend eine Nachfrage von Stadtrat **Juranek** bezüglich der verglasten Flächen.

Abschließend stellt BM **Ilk** die Vorl.Nr. 158/14 im Gremium zur Abstimmung.